

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 40
November
2007

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

diese Ausgabe der Denkwürdigkeiten reflektiert von inhaltlichen Überlegungen bis zur Ebene des praktischen Einsatzes das Ausmaß der Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in eine vernetzte Welt. Kaum eine Region und kaum ein Thema sind uns heute noch fremd.

Soldaten der Bundeswehr stehen häufiger als ihnen lieb sein kann und zugleich in mehrfacher Hinsicht in der ersten Reihe – als Handelnde und als Opfer, im Rampenlicht von Medien, öffentlicher Anerkennung und Kritik, als Gestaltende und als Lernende.

Wie gut lernen wir unsere Lektionen? Die Ableitung von Erfahrungen aus Übungen und Einsätzen – in neudeutsch *Lessons Learned* – ist in vielen Streitkräften der Welt ein fest etablierter Prozess. Für die deutschen Streitkräfte und deren Weiterentwicklung gewinnt er zusehends an Bedeutung. Längst ist die Bundeswehr eine Einsatzarmee mit einem zügig wachsenden Erfahrungsschatz. Dass auch Politik hier Wachstumspotenzial hat, ist Gegenstand mancher Diskussionen in der pmg.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

THEMEN

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Lessons learned?

Auszug aus einem Vortrag vor der Politisch-Militärischen Gesellschaft am 30. Oktober 2007 in Berlin

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich das Aufgabenspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert. Während die Bundeswehr lange auf eine Strategie der Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet war, ist sie mittlerweile als Instrument deutscher Sicherheitspolitik nahezu weltweit im Rahmen von Stabilisierungsoperationen eingesetzt. Um die hierzu notwendige Neuausrichtung zu gestalten, bedurfte und bedarf es nicht unerheblicher Anstrengungen. Die Transformation der Bundeswehr ist elementarer Bestandteil dieses

In dieser Ausgabe

1 Auslandseinsätze der Bundeswehr. Lessons learned?

von Generalmajor Rainer Glatz

6 Risiko Wirtschafts- und Wettbewerbsspionage

von Dr. Peter Roell

8 Africa-Europe: Neighbours and partners in the 21st century

by John E. Aggrey and
Dr. Claas Dieter Knoop

13 Turkey 2007 – The Crossroad

by Manuel Larrotcha

geänderten sicherheitspolitischen Umfeldes. Sie beschreibt die ständige Bereitschaft und Fähigkeit, den sich rasch verändernden Herausforderungen zu begegnen.

Die Strukturveränderungen der jüngsten Zeit haben unseren Soldaten und zivilen Mitarbeitern Einiges abverlangt. Es ist aber gleichwohl festzustellen, dass diese ausgezeichnet genommen wurden und die Bundeswehr sich mittlerweile in einem Licht zeigt, welches vor Beginn der Auslandseinsätze so nicht für möglich gehalten worden wäre.

Heute stehen rund 7.500 deutsche Soldatinnen und Soldaten in den Einsatzgebieten. Deutsche Einsatzkontingente bewähren sich in Afghanistan, auf dem Balkan und im Mittelmeer sowie im Roten Meer am Horn von Afrika.

Sie unterstützen die Vereinten Nationen in Georgien, im Sudan und in Äthiopien genauso wie vor kurzem im Kongo. Im Zusammenhang mit der Erfahrung aus 14 Jahren Auslandseinsätze der Bundeswehr stellt sich die Frage nach wesentlichen Erkenntnissen und Lehren, die sich aus diesen ziehen lassen.

Auch wenn der Erfolg eines Einsatzes nicht alleinig durch die Herstellung eines Zustandes der Abwesenheit von Gewalt zu konstatieren ist, stellt andererseits die Abwesenheit von Gewalt (so genannter "negativer Frieden") eine wesentliche Grundvoraussetzung dafür dar, dass der Prozess "Frieden" (Gestaltung des so genannten "positiven Friedens") überhaupt erst mit Aussicht auf Erfolg begonnen werden kann. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass der soldatische Hauptauftrag oftmals bereits durch die reine Präsenz von Truppen erreicht werden kann, aber nicht zwangsläufig erreicht werden muss.

Der Balkan ist hierfür ein Paradebeispiel. Patrouillentätigkeit und das Sicherstellen der Visibilität ist heute genauso wichtig wie unspektakulär und generiert häufig eben genau diese Fragen, deren Beantwortung bei schärferem Fokussieren auf die Bedeutung der eigenen Aufgaben im Rahmen der Gesamtoperation schnell selbst erfolgen könnte.

Unabhängig davon ist festzustellen, dass militärische Einsätze in einem unsicheren oder von Gewaltbereitschaft geprägten Umfeld nie als singuläre Aktion betrachtet werden können und auch dürfen. Das Militär stellt nur ein Instrument staatlichen Handelns dar. Noch nie wurde so deutlich wie heute, dass der Einsatz militärischer Mittel als "ultima Ratio", also als äußerstes Mittel nicht einfach den "Endpunkt" einer zeitlich ablaufenden Eskalationsskala darstellen kann und darf.

Neben dem Militär kommen den Feldern Diplomatie, Information, Wirtschaft und Entwicklung zunehmend große Bedeutung zu. In den "Effects-Based-Operations"

spricht man auch vom sogenannten DIME (Diplomatic - Information - Military - Economic) Spektrum. Man sieht Problemzonen nicht mehr isoliert aus militärischer Sicht, sondern versucht vielmehr, Konflikte im Gesamtzusammenhang zu sehen, und muss diese daher auch versuchen, in einem ganzheitlichen Ansatz zu lösen. Da die Konflikte heute wesentlich vielschichtiger sind als zu Zeiten des Kalten Krieges, ist das Militär heutzutage allein eindeutig nicht zur Konfliktlösung geeignet. Dies zeigt sich in allen Einsätzen, bei denen der Schwerpunkt vornehmlich auf die rein militärische Beherrschung gelegt wird oder wurde.

Das Militär ist heutzutage eher der Wegbereiter für die Tätigkeit der anderen Organisationen und Institutionen – also eine Art "Türöffner". Nachhaltige Lösungen sind und waren durch das Militär allein nicht / nie zu erreichen. Beispielsweise waren vorherige diplomatische Bemühungen und wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen nicht erfolgreich, als die NATO Ende der 90er die Serben zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzung gezwungen hat. Militärische Maßnahmen waren daher als äußerstes, nicht als letztes Mittel erforderlich, um einen weiteren Flächenbrand zu verhindern und die Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen.

Mit dem Ende einer bewaffneten Auseinandersetzung beginnt das weite Feld der "Stabilisierung", u.a. mit dem Ziel, die ehemaligen Kontrahenten auseinanderzuhalten. Militärische Präsenz an zentralen Brennpunkten ist dabei nur ein Baustein einer Gesamtstrategie, die sowohl Folgeoperationen als auch zeitlich parallel stattfindenden Operationen gebührende Beachtung einräumen muss. Alle Maßnahmen sind dabei auf ein zu erreichendes Ziel hin auszurichten und müssen sich auch daran messen lassen.

Ein zu erreichendes Ziel und damit ein definierter und somit messbarer Endzustand erzeugt Klarheit, sowohl für militärische als auch zivile Maßnahmen. Dies verhindert überambitionierte poli-

tische und militärische Zielsetzungen und wirkt dem Phänomen des "Mission Creep", also der schleichenden Verlagerung vom ursprünglichen Auftrag hin zu Tätigkeiten, für die Soldaten eigentlich nicht vorzusehen sind, entgegen. Ein "Mission Creep" tritt insbesondere immer dann auf, wenn der Auftrag diffus ist und Raum für Interpretationen lässt. Dies wird dann dadurch bedingt, dass der zu erreichende Endzustand somit ebenfalls nicht klar umschrieben sein kann.

Der Zielsetzung nah verwandt ist die Fragestellung nach dem zeitlichen Ende einer Operation, dem so genannten "end-date". Damit einher geht häufig die Diskussion, ob ein zuvor festgelegter Zeitpunkt sinnvoll ist oder nicht. Der abgeschlossene Einsatz EUFOR RD KONGO war ein solcher Fall, bei dem es einen konkreten Termin für das Ende der militärischen Mission gab. Wir hatten den Auftrag, die Wahlen im Kongo abzusichern, und zogen anschließend zu einem im Vorfeld gesetzten Zeitpunkt wieder ab. Wir hatten eindeutig nicht den Auftrag, einen erwünschten anhaltenden und sich selbst tragenden Friedensprozess, nach westlichen Maßstäben, im Kongo zu unterstützen und zu begleiten. Dies war und ist die Aufgabe der VN-Mission MONUC.

EUFOR RD KONGO ist jedoch ein Beispiel dafür, dass eine begrenzte Zielsetzung erfolgreich der Gefahr eines sich stetig verlängernden Einsatzes entgegen wirkt, indem man die Grenzen der Möglichkeit zu externer Einflussnahme richtig einschätzt. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Ressourcen im Krisenmanagement angesichts der Vielzahl an Konflikten endlich sind und dieser Umstand auch in Zukunft Bestand haben wird.

Es gibt einen kausalen Zusammenhang zwischen der Zielsetzung einer Mission und dem Zeitpunkt, zu welchem diese erreicht sein soll, sowie der Wertigkeit, die dieser Einsatz genießt. Der Zeitpunkt zum Abschluss einer Operation sollte durch den Zielerreichungsgrad bestimmt sein. So-

lange wir jedoch nicht in der Lage sind, Fortschritt anhand von Maßstäben oder Kriterien eindeutig bewerten zu können, werden wir kaum in der Lage sein, einen entsprechenden Zeitpunkt zu bestimmen. Die Unfähigkeit, ein zeitliches Ende in Aussicht stellen zu können, kann jedoch eine Grundsatzdebatte über den jeweiligen Einsatz und dessen Notwendigkeit heraufbeschwören.

Eine weitere identifizierte Lehre ist die Frage nach der frühen Festlegung einer personellen Obergrenze. Auf allen Seiten muss man sich darüber im Klaren sein, dass bei der Planung von Auslandseinsätzen die politische Zielsetzung in den militärischen Zielsetzungen reflektiert wird und diese wiederum den militärischen Auftrag definieren und notwendige Fähigkeiten und Truppenstärken bestimmen. Frühzeitige politische Beschränkungen hinsichtlich einer maximalen Truppenstärke sollten daher vermieden werden, bevor die Auswertung des Auftrages auf strategischer und operativer Ebene abgeschlossen ist. Zu frühe Festlegungen könnten zu Unzulänglichkeiten führen, die im schlimmsten Fall eines Tages eine ganze Operation gefährden könnten.

Für das Gelingen einer Operation ist das Zusammenspiel aller eingesetzten Kräfte und Mittel zwingend erforderlich. Im Kosovo z.B. haben neben den multinationalen NATO-Kräften die VN mit UNMIK (also die United Nations Interim Administration Mission in Kosovo), aber auch diverse NGO ihren Sitz und beteiligen sich an der Gestaltung politisch tragfähiger Strukturen.

Um die Anstrengungen aller zielgerichtet einzusetzen, müssten die Aktivitäten idealtypisch zentral koordiniert werden; das Militär stellt dabei die Rahmenbedingungen für ein sicheres und stabiles Umfeld sicher – und die politischen sowie sonstigen Akteure aller Ebenen finden den Kompromiss, der zum Durchbruch und schließlich einer dauerhaften Lösung führt. Mit dieser Strategie soll ermöglicht werden, einzelne Elemente eines Gesamtsystems

so zu beeinflussen, dass das Gesamtsystem stabilisiert und somit der Konflikt beendet werden kann.

Die oben aufgeführten Punkte bilden in der Theorie einen idealtypischen Rahmen, der in seiner praktischen Umsetzung immer wieder auf Restriktionen stößt. Einige Schwierigkeiten und Problemfelder liegen auf der Hand und sollen im Folgenden exemplarisch dargelegt werden.

So sind in multinationalen Einsätzen Streitkräfte verschiedener Nationen im Einsatz, die zwar alle das gleiche Ziel, aber unterschiedliche Handlungsoptionen haben. Bei einem erforderlichen Einsatz unter VN-, NATO- oder EU-Führung gilt es, ein Kräftepaket aus den jeweiligen Angeboten der beteiligten Nationen zu schnüren. Oft kommt es bereits in diesem Stadium der "Force Generation" zu Beschränkungen durch nationale Vorbehalte, sog. "Caveats", die einen Einsatz nur unter bestimmten Bedingungen zulassen. Ein zeitgerechtes Anzeigen von nationalen Vorbehalten, bereits während der Planung der Operation auf der politisch-strategischen, als auch operativen Ebene, beugt Überraschungen für andere beteiligte Nationen und insbesondere den multinationalen Oberbefehlshaber vor.

Diese "Caveats" sind in jüngster Zeit wiederholt Gegenstand von Diskussionen gewesen, insbesondere bei ISAF, im Zusammenhang mit der möglichen Entsendung von deutschen Truppen in den Süden von Afghanistan. Unglücklicherweise sind diese Diskussionen wenig differenziert geführt worden, schlimmer noch, es wurde die grundsätzliche Haltung einzelner Nationen und deren Engagement in Frage gestellt. Hierbei hat man außer Acht gelassen, dass nationale Vorbehalte unmittelbarer Ausdruck der politischen Souveränität eines jeden Staates sind. Es ist davon auszugehen, dass jeder einzelne Staat der derzeit Streitkräfte in Einsätzen eingebunden hat, diese Souveränität so auch ausübt.

Ein Blick auf alle so genannten Stabilisierungsoperationen unter Beteiligung der Bundeswehr zeigt, dass der Erfolg einer Stabilisierungsoperation ein langer Prozess ist, der u.U. einen sehr langen Atem und Geduld erfordert, sowie die Bereitschaft, sich von Beginn an dessen bewusst zu sein und sich mit voller Überzeugung über einen längeren Zeitraum auch mit entsprechenden Mitteln an diese Aufgabe zu binden.

Auf dem Balkan sind die Fahrzeuge mit EUFOR- oder KFOR-Emblem mittlerweile ein gewohnter und sogar erwünschter Anblick, allein die Visibilität dieser Kräfte ist ein Beitrag zur Stabilität. Dies war nicht von Anbeginn so. Die erste Herausforderung in einem derartigen Einsatz wird es fast immer sein, bei der Bevölkerung ein gewisses Vertrauen zu erwerben, bzw. vorhandenes Vertrauenskapital nicht zu verspielen und keine "Besatzer-Mentalität" aufkommen zu lassen. Bei einer durch Kriegserfahrung geprägten Bevölkerung und der daher negativen Assoziation zu Streitkräften insgesamt ist bereits in diesem frühen Stadium sehr große Sensibilität gefordert. Deutsche Soldaten genießen in allen Einsatzgebieten bei der jeweils ansässigen Bevölkerung ein hohes Ansehen. Die spezielle Art der Einsatzvorbereitenden Ausbildung und das Selbstverständnis deutscher Soldaten spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind darauf ausgerichtet, einen Beitrag dazu zu leisten, geordnete Verhältnisse nach demokratischen Grundsätzen zu schaffen oder deren Aufbau zu ermöglichen, um nicht-militärischen Organisationen die Möglichkeit zum Handeln zu geben. Sie stellen somit Voraussetzungen dafür her, dass tragfähige Strukturen entstehen können, demokratische Prozesse wieder in Gang kommen und insgesamt ein geordnetes System "zum Laufen gebracht" wird. In der Regel sind die Streitkräfte in ihrer jeweiligen Rolle fest in diese Prozesse integriert und unterstützen mit ihren Fähigkeiten staatliche Institutionen

oder übernehmen temporär gar komplett deren Aufgaben. Dies reicht bei Sicherheitskräften von Ausbildungsunterstützung bis hin zu aktiven Einsätzen bei Straßensperren zur Durchsuchung und Beschlagnahme.

Eine derartige Situation kann aber auch trügerisch sein und zur Stagnation des Aufbauprozesses führen. Denn alle im Einsatzland vorhandenen Kräfte und Organisationen kompensieren zunächst dort fehlende Fähigkeiten und Institutionen. So unterstützt die EUPM, die European Union Police Mission, den rudimentären Polizeiapparat in Bosnien-Herzegowina. In Afghanistan "unterfüttern" bewaffnete Streitkräfte die afghanischen Sicherheitskräfte.

Absicht dabei ist es, die vor Ort fehlenden Fähigkeiten aufzubauen, um diese zu einem definierten Zeitpunkt im Einsatzland eigenständig und funktionsfähig abgebildet zu haben. Dies ist auch Teil einer späteren, verantwortbaren Exit-Strategy und setzt jedoch den Willen der lokalen Institutionen zum Aufbau z.B. eines funktionierenden Polizeiapparates zwingend voraus.

Dieser Wille ist aber leider nicht immer in der gewünschten Form vorhanden, oftmals verlässt man sich auf die "externen" Kräfte oder schiebt diesen zum Teil auch bewusst vor dem Hintergrund mangelnder interner Kompromiss- und Einigungsfähigkeit den "Schwarzen Peter" zu.

Dieses Phänomen führte in der OPERATION ALTHEA in Bosnien-Herzegowina zu der Entscheidung des Operation Commanders, die von den politischen Gremien der EU gebilligt wurde, trotz gewisser Risiken eine Reduzierung von Kräften zu veranlassen, mit der erklärten Absicht, den Druck auf die Regierungsinstitutionen hinsichtlich des Aufbaus eigener Strukturen zu erhöhen. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings bereits klar, dass die Aufgaben des Militärs im Grunde beendet waren. Der Kernauftrag, nämlich das Schaffen eines "Safe and Secure Environments" war erfüllt. Vielfach kommt es in sol-

chen Situationen zu dem bereits erwähnten "Mission Creep".

Als Beispiel seien auch CIMIC-Projekte genannt, die durch die Streitkräfte in diversen Ländern durchgeführt werden. Der Bau von Brunnen, Schulen und Brücken ist sicherlich hilfreich und wünschenswert, aber kein Auftrag, der für sich allein gesehen den Einsatz und den Aufenthalt von voll ausgebildeten, gut ausgerüsteten und damit teuren Soldaten rechtfertigt.

Dieser Einsatz ist aus militärischer Sicht auf Maßnahmen zur schnellen Hilfe und im Rahmen der "Force Protection" zu begrenzen. Mittel- und langfristige und vor allen Dingen nachhaltige Hilfe ist anders zu organisieren und obliegt auch anderen Institutionen: Hier gilt es in Zukunft verstärkt auf die ressortübergreifende Zusammenarbeit zu achten.

Dass dies funktionieren kann, beweisen die sog. "PRTs", die Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Die deutschen PRTs in KUNDUZ und FEYZABAD sind ressortübergreifend organisiert. Die Bundeswehr arbeitet hier eng mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des Inneren und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusammen. Damit sind Hilfsmaßnahmen der Soldaten mit kleinen Projekten koordiniert in die Gesamtprojektierung aller Maßnahmen eingebunden und dienen vornehmlich der force protection sowie dem Gewinnen der Köpfe und der Herzen der Bevölkerung. Hier zeigt sich deutlich der Schwerpunkt gegenwärtiger und zukünftiger Aufgaben von friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen.

Bei aller Erkenntnis über diese Entwicklung in den aktuellen Einsatzgebieten darf aber die Kernfähigkeit von Streitkräften nicht in den Hintergrund geraten, nämlich, die Durchsetzungsfähigkeit in einem unfreundlichen oder gar feindlichen Szenario. Die Fähigkeiten, die Streitkräfte haben müssen, um dann zu bestehen, müssen auch in den zuvor be-

schriebenen Szenarien und Situationen für den Fall einer nicht auszuschließenden Lageverschärfung und / oder einer Eskalation erfolgreich angewandt werden können.

Der Erfolg und die Leistung von militärischen Einsätzen ist kein kommerzielles Produkt und folgt auch nicht deren Gesetzmäßigkeiten. Bestenfalls mit Hilfsparametern erfassbar, ist die Messbarkeit der Leistung, die Streitkräfte produzieren, nur schwer darstellbar. Sie ist aber sichtbar und dies vor allem langfristig.

Zusammenfassend sind folgende Punkte als wesentliche Lehren zu ziehen:

1. Die Zahl der Konflikte, die einer außen- und sicherheitspolitischen Antwort bedürfen, wird auch in Zukunft nicht abnehmen; leider ist u.a. vor dem Hintergrund der Globalisierung sowie der jetzt bereits erkennbaren Verknappung strategischer Ressourcen eine Zunahme eher wahrscheinlich.
2. Daher wird sich auch in Zukunft die Bundesrepublik Deutschland in den entsprechenden Krisenregionen engagieren müssen – und dies nicht allein aus humanitären Erwägungen, sondern auch zur Wahrung und zum Schutz nationaler Interessen in einer immer stärker vernetzten Welt im Rahmen der Globalisierung, mit all ihren Vorteilen, aber auch Nachteilen und Problemen.
3. Im Rahmen des entsprechenden Engagements in Krisenregionen wird auch weiterhin die Bundeswehr als ein(!) Mittel des politischen Krisenmanagements, der Krisenprävention, aber auch der Konflikteindämmung, bzw. der Konfliktbeendigung eingesetzt werden (müssen).
4. Vor einer parlamentarischen Entscheidung für einen militärischen Auslandseinsatz muss daher zwingend das gesamtpolitische Ziel diskutiert und vor allen Dingen auch definiert werden, auch um eine Überbetonung des militärischen Anteils, der eben nur ein Teil des Gesamtansatzes ist, zu vermeiden.

Anders ausgedrückt: Die Entscheidung für einen militärischen Anteil eines Auslandseinsatzes ist von der Bedeutung her sowie im Hinblick auf längerfristige Implikationen wesentlich und deutlich mehr als nur die Entscheidung, Soldaten in ein Krisengebiet zu entsenden, um zunächst für die Politik "Zeit zu kaufen". Mit Soldaten kann die Zeit gekauft werden, die es der Politik ermöglicht, an der Beseitigung der tiefer liegenden Konfliktursachen zu arbeiten. Anders ausgedrückt: Der militärische Beitrag ist ein wichtiger, er mag ein "Türöffner" sein, ist aber auf sich allein gestellt nie ausreichend, um diese Konflikte zu lösen oder zu beseitigen.

Die konkrete inhaltliche Nutzung dieser so gekauften Zeit sollte zum Zeitpunkt des Entsendebeschlusses zwingend nicht nur grob angedacht, sondern – bezüglich der eigenen, nationalen Interessen – möglichst eher im Detail ausgeplant und vorbereitet sein. Dies ist auch deswegen zwingend notwendig, um sich angemessen und zeitgerecht in die entsprechenden multilateralen Entscheidungsprozesse von VN, NATO und EU über das WIE des Einsatzes einbringen zu können.

5. Fällt die Entscheidung für einen Auslandseinsatz, dann ist die unverzügliche ressortübergreifende und multinationale Koordination aller im Einsatzgebiet zur Wirkung gebrachten Mittel, also nicht nur der militärischen, von essentieller Bedeutung. Denn jetzt beginnt der Kampf um die erfolgreiche Nutzung der "gekauften Zeit".

Misserfolg in Teilgebieten kann dabei – trotz erfolgreichen Abschlusses der militärischen Teilaufgabe – eine Verlängerung der militärischen Präsenz, sozusagen als "Rückversicherung gegen den Rückfall in die Unvernunft", erzwingen. Dies kann dann bei längerer Dauer aber auch dazu führen, dass die Soldaten dann ungewollt in der Wahrnehmung der Bevölkerung im Krisengebiet in die Rolle des "Besatzers" geraten, mit allen möglicherweise negativen Folgen für die Gesamtoperation, also nicht nur den militärischen Anteil.

6. Ist die parlamentarische Entscheidung zur politischen und auch militärischen Teilnahme an einer Stabilisierungsoperation gefallen, braucht man Geduld und einen langen Atem – mit allen Konsequenzen. Das heißt, es ist zwingend ein Denken im Zeitrahmen von Legislaturperioden zu vermeiden. Dies wird unter anderem durch die bisherige Einsatzdauer von IFOR/SFOR/EUFOR, KFOR, ISAF, OEF(M), UNOMIG etc. eindeutig belegt. Auch insofern ist eine breite parlamentarische Mehrheit in der Vorbereitung und der Entschlussfassung vor dem Hintergrund unseres Parlamentsbeteiligungsgesetzes nicht nur wünschenswert, sondern zwingend notwendig.

7. Alle Akteure müssen begreifen, dass ein militärischer Einsatz immer nur ein(!) Teil des erforderlichen gesamtpolitischen Lösungsansatzes sein kann. Verdeutlichen lässt sich dieser Kernpunkt anhand des Bildes eines Schachspieles:

Für uns stellt das militärische Engagement in einem Stabilisierungseinsatz immer nur eine Schachfigur auf einem Schachbrett dar, die sich einfügt in eine Mannschaft, welche u.a. aus developmentspolitischen (IO's und NGO's), diplomatischen und vielen anderen Schachfiguren besteht. Nur alle gemeinsam können den Gesamtauftrag erfüllen. Dieser Gesamtauftrag wird durch unsere politischen Entscheidungsträger bestimmt. Sie müssen daher den einzelnen Schachfiguren zwingend deren Rolle im Gesamtspiel zuweisen und deren Einsatz koordinieren und harmonisieren.

Das heißt auch, dass die Bürger von der Politik "einklagen" können und müssen sowie auch dürfen, dass sie mit der Entscheidung über einen Einsatz militärischer Mittel willens und bereit sein muss, auch die anderen zwingend erforderlichen Mittel freizumachen und zielgerichtet sowie zeitgleich parallel zur Wirkung zu bringen.

8. Zeitliche Grenzen im Sinne des möglichen Erfolges von militärischen Stabilisierungsoperationen sind kaum exakt festzulegen. Denn: Zeitlich klar definierte Vor-

gaben und Auflagen werden aufgrund der Komplexität der Konfliktursachen in der Regel kaum einzuhalten, bzw. zu erfüllen sein. Daher sind, um es nochmals zu betonen, in jedem Einzelfall Geduld und ein langer Atem fest einzuplanen. Wer dazu nicht bereit ist, sollte die Finger eher ganz von einer Beteiligung an Stabilisierungsoperationen lassen. Ob man allerdings in einer globalisierten und immer stärker vernetzten Welt seiner – auch moralischen – Verantwortung gerecht würde, einschließlich der Folgen für die eigene Stellung in der Welt, wäre dann gesondert zu hinterfragen.

Abschließend muss betont werden, dass unseren Soldaten in Bezug auf ihr jeweiliges Einsatzgebiet ein Verständnis für Geschichte, Kultur, Religion und sich daraus entwickelte Norm- und Wertvorstellungen sowie daraus abgeleitete Verhaltensnormen im Umgang miteinander und mit Fremden aus einem anderen Kulturkreis, verschafft werden muss.

Das Motto: "Nur wer weiß, woher er kommt, weiß, warum er sich wo befindet!", gilt auch mit dem Blick auf andere. Wir können nur wissen, wie wir mit den Befindlichkeiten in fremden Ländern umzugehen haben, wenn wir wissen, woher sie kommen und wie wir sie daher berücksichtigen müssen. Dies wiederum kann nur dann gelingen, wenn sich das Wissen um die Verhältnisse in den Einsatzgebieten in idealer Weise auch zu Toleranz entwickelt, der Achtung vor der anderen Kultur und ihren ganz spezifischen historisch gewachsenen Werteordnung.

Wir benötigen dieses Wissen dringend. Denn wenn wir insgesamt erfolgreich sein wollen, müssen wir in Stabilisierungsoperationen zwingend die Köpfe und Herzen der Menschen in den Einsatzgebieten gewinnen. Wir können in diesen Stabilisierungsoperationen vom Balkan bis Afghanistan nur dann erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die Bevölkerung in den Einsatzgebieten zu gewinnen und zu überzeugen, dass es sich lohnt, ihren

Weg mit uns gemeinsam zu gehen. Dies muss bei der Planung und Durchführung all unserer Operationen, seien sie rein militärisch und / oder gemeinsam mit zivilen Organisationen, stets mitbedacht werden.

*Generalmajor Rainer Glatz,
Postdam*

Generalmajor Rainer Glatz ist stellvertretender Befehlshaber Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam.
Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Risiko Wirtschafts- und Wettbewerbspionage

Vorbemerkung

Die WirtschaftsWoche führte am 25. und 26. Oktober 2007 in Hamburg eine Sicherheitskonferenz mit dem Thema "Risiko Wirtschafts- und Wettbewerbspionage" durch. Eingeladen waren Führungskräfte aus der Industrie und Wirtschaft, Vertreter von Behörden, den Medien, IT- und Sicherheitsberater, Rechtsanwälte, Unternehmensberater, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Vorliegender Konferenzbericht soll einige Themenfelder beleuchten.

Die Bedrohungslage

Wirft man einen Blick auf den Jahresbericht 2006 des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), so wird deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer bedeutsamen Rolle in der EU und NATO und nicht zuletzt wegen zahlreicher Firmen im Bereich der Spitzentechnologie wieder ein interessantes Aufklärungsziel für ausländische Nachrichtendienste war.

Zu den Diensten zählten unverändert die der Russischen Föderation, der Republik Belarus, die der VR China, Nordkoreas sowie einiger Länder des Nahen- und Mittleren Ostens. Aber auch für westliche Dienste, so die Fest-

stellungen des BfV, war und bleibt Deutschland wichtiges Aufklärungsziel.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Staatssekretär *Dr. August Hanning* (BMI) und ehemaliger Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), in seiner Eröffnungsrede am 22. Oktober 2007 anlässlich der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft (ASW) in Berlin darauf verwies, dass man mit großer Sorge beobachte, wie der illegale Transfer von Wissen zunehme. Der dadurch entstehende Schaden für die deutsche Wirtschaft belaufe sich pro Jahr auf etwa 20 Mrd. Euro.

Sehr ernüchternd die Aussagen eines Referenten, der an Beispielen darlegte, wie relativ einfach es sei, bei Konzernen und anderen großen deutschen Firmen an vertrauliche Informationen zu gelangen. Beunruhigend auch die massive Zunahme elektronischer Angriffe auf deutsche Unternehmen, aber auch Behörden. So definierte der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, *Elmar Remberg*, in seinem Vortrag zunächst Wirtschaftsspionage als ausschließlich staatlich gelenkte oder unterstützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben und nannte Russland und China als besonders aktive Staaten im Bereich der Wirtschaftsspionage.

Den in seiner Ausgabe Nr. 35 vom 27. August 2007 publizierten Spiegel-Artikel mit dem Titel: "*Die gelben Spione – Wie China deutsche Technologie ausspäht*", bezeichnete Remberg als weitgehend korrekt. Bereits im Februar 2007 hatte er in den Medien auf chinesische Hackerangriffe auf Rechner im Bundeskanzleramt, im Auswärtigen Amt, im Wirtschaftsministerium und im Forschungsministerium hingewiesen. Geortet wurden die Hacker in Lanzhou im Norden Chinas, in Kanton im Süden des Landes und in Peking. Sie wurden der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) zugerechnet.

Eingesetzt haben die großen Hacker-Angriffe vor gut zwei Jahren. Zwischenzeitlich wird immer subtiler vorgegangen. Anfangs schickten die Hacker meist an alle Mitarbeiter eines Unternehmens Massenmails. Bei der Öffnung der Emails verbreiteten sich Spionageprogramme auf den Computern der Empfänger. Nun, so *Robin Kroha*, Experte für Unternehmenssicherheit bei der Beratungsfirma Control Risks in Berlin, programmierten die Hacker individuelle, als persönliche Botschaften getarnte Mails. Die meisten Betriebe, insbesondere mittelständische Unternehmen, stehen diesen Hackerangriffen weitgehend hilflos gegenüber und bemerken sie kaum, während wenige Großkonzerne geeignete Abwehrmaßnahmen eingeleitet haben.

Methoden und Ziele der Spionage

Zum methodischen Vorgehen der Nachrichtendienste merkte der Vizepräsident des BfV an, dass diese zunächst offene Zugänge nutzten; zum anderen werde mit konspirativen, geheimen Mitteln gearbeitet. So würden z.B. "klassische Agenten" eingesetzt und als Mitarbeiter privatwirtschaftlicher Unternehmen getarnt. Diese betrieben Gesprächsaufklärung, nahmen an Forschungsprojekten teil und entfalteten nachrichtendienstliche Aktivitäten.

Dr. Andrea Berner vom Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg wies in ihrem Vortrag darauf hin, dass ausländische Nachrichtendienste zum Zwecke der Nachrichtengewinnung eine sogenannte Zielobjektanalyse durchführen würden. Diese beinhalte die Erkenntnisgewinnung über die Handelsbeziehungen eines Unternehmens, die Reiseaktivitäten von Firmenangehörigen, den Personalaufbau, die Unternehmensstrukturen sowie die Unternehmenspolitik. Aus dieser Zielobjektanalyse ergäben sich dann folgende Angriffsziele:

- Strategische/taktische Entscheidungen
- Forschungsergebnisse und Produktideen

- Konstruktionsunterlagen, Herstellungsverfahren und Steuerungssysteme
- Verkaufsstrategien, Marktstudien, Umsätze und Kundentamm
- Kalkulationsunterlagen, Budgetplanungen und Umsatzvorhaben

Um an dieses Wissen zu gelangen nutzten die Dienste staatliche Offenlegungspflichten, so z.B. im Rahmen von Joint Venture Projekten, betrieben verdeckt Hotel- und Konferenzüberwachung, nutzten Dolmetscher des Gesprächspartners, Wissenschaftler, Studenten und Praktikanten. Nachrichtendienste achteten zudem gezielt auf Verfehlungen, um eine Person unter Druck zu setzen und für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zu werben.

Zur Informationsgewinnung dienten auch die Internet- und Telekommunikationsüberwachung sowie die Kontrolle ein- und ausreisender Personen.

Zum Thema *"IT- Sicherheit zur Abwehr wirtschaftlicher Spionage"* referierte Dr. Udo Helmbrecht, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. Innere Sicherheit sei heute untrennbar mit sicheren Informationsinfrastrukturen verbunden. Als Reaktion auf die qualitativ und quantitativ ansteigende IT-Bedrohungslage habe das Bundeskabinett im Sommer 2005 den "Nationalen Plan zum Schutz der Informationsinfrastrukturen" (NPSI) beschlossen und das Bundesministerium des Inneren mit der weiteren Umsetzung beauftragt. Dr. Helmbrecht zeichnete Gefahrenpotentiale und Bedrohungen auf und wies in seinem Vortrag auf den "Leitfaden IT- Sicherheit" hin (www.bsi.bund.de).

In seinem Referat *"Spionage über und durch elektronische Netze – Informationsabflüsse im Kontext von Wirtschafts- und Konkurrenzspionage"* ging Andy Müller-Maguhn, Sprecher und Mitglied des Vorstandes Chaos Computer Club e.V., auf Hackerethik, Angriffskategorien und Motivation, auf Datenverbrechen, Sicherheit und Unsicherheiten im Internet, Kryptographie, den Umgang mit

Bestandsdaten etc. ein. Was ein zu realisierendes Sicherheitsniveau anbelangt, zitierte er: "Das Ziel von Sicherheitsmaßnahmen kann nur sein, zwischen dem Aufwand zur Sicherung und dem Aufwand zum Durchbrechen dieser Sicherung ein Ungleichgewicht zu Ungunsten des Angreifers herzustellen".

Sehr praktisch wurde es beim Vortrag von Peter Hölzel, Leiter Abhörschutz, Global Group Security, Deutsche Telekom, der die Möglichkeiten der illegalen Kommunikationsbeschaffung erläuterte und auf innovative Sicherheitslösungen hinwies.

Mit dem interessant klingenden Titel *"Im Haifischbecken schwimmen lernen: Was man über Chinas Know-how Akquise wissen sollte"*, weckte Dr. Andreas Blume, IP-Manager, Degussa GmbH, der Sinologie studierte und über interkulturelle Kompetenz verfügt, sofort die Aufmerksamkeit der Zuhörer. Er verwies zunächst auf die Staatsziele der VR China, nämlich bis ins Jahr 2020 führende Weltwirtschaftsmacht werden und ein Wirtschaftswachstum von etwa acht Prozent aufrechterhalten zu wollen. Ferner strebe China an, die geostrategische Bedeutung wiederherzustellen, das F&E-Investment von 1,3% des GDP auf 2,5% GDP bis 2020 zu steigern sowie eine "Wissenschafts- und Technologiearmee" zum Aufbau Chinas zu schaffen. Bildung und Know-how seien die Schlüssel für den Aufstieg Chinas.

Auf dem Weg, das Wirtschaftswachstum auf eine breite Basis zu stellen, käme den chinesischen Nachrichtendiensten, wie dem Ministerium für Staatssicherheit (MSS), mit mindestens 800.000 hauptamtlichen Mitarbeitern sowie dem Militärische Nachrichtendienst (MID) eine besondere Bedeutung zu. Ein Zitat des Meisters Sunzi, "Wenn Du Dich und Deinen Feind kennst, brauchst Du den Ausgang von Hundert Schlachten nicht zu fürchten", habe auch heute noch seine Gültigkeit. Im Visier Chinas stünden strategische Entwicklungsbranchen wie:

- Nanotechnologie
- Werkstoffe/Produktionstechnik
- Rüstungstechnologie, Optoelektronik
- Eisenbahn, Kraftfahrzeuge, Luft- und Raumfahrt
- Energie- und Umwelttechnik, erneuerbare Energien
- Biotechnologie, Gentechnik
- Maschinenbau

Zur Vorgehensweise chinesischer Nachrichtendienste nannte Dr. Blume einige Beispiele. Ein Mitarbeiter einer Forschungseinheit eines bekannten deutschen Unternehmens aus der Chemiebranche wurde zu einem Symposium eingeladen. Selbstverständlich würde die chinesische Seite alle Kosten tragen. Er sollte einen hochspezifischen Vortrag halten, dann bekäme er einen Professorstitel einer chinesischen Universität. Ferner ist bekannt, dass chinesische Professoren, die im Rahmen von Forschungsk Kooperationen Know-how erlangen, dieses nach Peking weiterleiten.

Im Fokus der chinesischen Dienste stünden auch deutsche Unternehmen, die Nischentechnologieführer seien und noch wenig oder keinen Kontakt zu China hätten. Ihnen unterbreite man verlockende Scheingeschäfte und lade sie nach China ein. Dort angekommen, erfolge eine offene oder verdeckte Informationsabschöpfung.

Abschließend gab Dr. Blume Hinweise für deutsche Unternehmen, wie man sich vor Produktpiraterie und dem Vorgehen chinesischer Dienste schützen könne.

Mit einem Vortrag über strafrechtliche Konsequenzen bei Geheimnisverrat fand der erste Tag der Sicherheitskonferenz seinen Abschluss. Rechtliche Themen wie "Der zivilrechtliche Schutz vor Spionage; Haftung der Unternehmensführung bei fehlendem Risikomanagement; Innovationschutz und Produktpiraterie; Joint Ventures – Schutz von Betriebsgeheimnissen und Know-how", wurden am zweiten Tag umfassend behandelt.

In seinem Vortrag *"Auf den digitalen Spuren der Spione – Elektronische Verfolgung"* befasste sich

Reinhold Kern, Leiter Computer Forensik und E-Discovery, Kroll Ontrack GmbH, mit illegalen Praktiken des Zugriffs auf elektronische Daten, aber auch mit Möglichkeiten der Entdeckung und der Abwehr solcher Angriffe. Thomas Königshofen, Sicherheitsbevollmächtigter, Deutsche Telekom AG, widmete sich dem Thema "Präventionsmaßnahmen zum Schutz vor Wirtschafts- und Wettbewerbspionage", schilderte klassische operative Informationsschutzmaßnahmen und ihre Grenzen und berichtete u.a. aus der Praxis über Awareness-Kampagnen und Abschreckungskonzepte.

Wertung

Mit sehr guten Referenten und einem breiten Themenspektrum vermittelte die Sicherheitskonferenz der WirtschaftsWoche umfassendes Wissen über Wirtschafts- und Wettbewerbspionage. In Zeiten der Globalisierung gewinnt der Satz "Wissen ist Macht" an Bedeutung. Zwar gehören Politik und Militär auch weiterhin noch zu den Aufklärungszielen von Nachrichtendiensten, der Fokus hat sich jedoch bereits verschoben. Wirtschaftliche Entwicklungen und wissenschaftliche Forschung genießen Priorität. Aus diesen Bereichen in Deutschland beschaffte nachrichtendienstliche Erkenntnisse werden von einigen Diensten Wettbewerbern oder Staatsunternehmen im eigenen Land zur Verfügung gestellt. Dies schädigt die deutsche Wirtschaft und gefährdet die strategischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

Welche Gegenmaßnahmen sollten ergriffen werden? Die Abwehrkapazitäten staatlicher Institutionen und die der Wirtschaft müssen erhöht, Lagebeurteilungen ausgetauscht werden. Ferner sollten sich Staat und Wirtschaft gegenseitig intensiver über Organisation, Zielsetzungen und Methodik bestimmter Nachrichtendienste informieren.

Der Auffassung von Staatssekretär Dr. August Hanning (BMI), Verfassungsschutz und Wirtschaft müssten enger kooperieren, da ansonsten der Wettbe-

werbsvorteil Deutschlands gefährdet sei, kann man uneingeschränkt zustimmen. Eine graduelle Sensibilisierung für das Thema Wirtschafts- und Wettbewerbspionage ist in der deutschen Wirtschaft und bei staatlichen Institutionen erkennbar. Es gilt, diese nachhaltig zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen auszubauen.

Dr. Peter Roell, Berlin

Der Autor ist Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), Berlin.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Africa-Europe: Neighbours and partners in the 21th century

Preliminary Remarks

The idea to launch a forum for dialogue and discussion on a variety of subjects which are of mutual interest for Africa and Europe was born on the occasions of the 50th anniversaries of the signing of the Treaties of Rome and the independence of Ghana.

The objective of the forum is to stimulate discussion and dialogue, creating and enhancing awareness on topics relevant to the relationship between the neighbouring continents. After the AU and EU summits in July and June 2007, it is fitting to start the forum with presentations on "vision and realities", with regard to the integration processes in Africa and Europe.

The presenters in Addis Ababa on 9th November 2007 were H.E. Ambassador John E. Aggrey (Ghana) and H.E. Ambassador Dr. Claas Dieter Knoop (Germany). The discussion had been moderated by the director of the Institute for Security Studies, Mr. Kenneth Mpysi.

H.E. Ambassador John E. Aggrey The United States of Africa – Vision and Realities

About two months ago, when the Ambassadors of Germany, Portugal and myself met under the auspices of the Goethe Institute to plan a Forum for Dialogue and Discussion under the Motto: "Africa-Europe: Neighbours and partners in the 21st Century", little did I know that we will meet so soon for this inaugural presentation on the topic "The United States of Africa – The United States of Europe: Visions and Realities".

This idea has been inspired in part by the 50th Anniversary celebration of the independence of Ghana, which catalysed the call for the total liberation of the African continent from colonial bondage and for unity and solidarity to confront its development challenges and which incidentally coincides with the 50th Anniversary of the establishment of the European Union.

It is in this respect that I feel honoured to be invited to deliver one of the presentations on the twin topic chosen for this inaugural session, namely "The United States of Africa "Visions and Realities". What is interesting about this topic is that it is currently the hottest issue on the minds of not only the leaders of Africa but also of most concerned Africans on the continent and in the Diaspora. I cannot lay claim to be the Spokesperson of all these stakeholders, but as a citizen of Africa, I feel privileged to be asked to express my own personal views on the issue. In this short presentation, I will endeavour to trace the genesis of the idea of the United States of Africa to date and seek to offer some insights into the realities of the matter in our time.

The Vision of the United States of Africa

The idea of the United States of Africa is rooted in the Pan-Africanist Movement which predates the liberation of Africa from colonial tutelage. It was essentially spearheaded by people of African descent in the Caribbean

and the United States of America in the late 19th century and the early part of the 20th century. The main objective was the struggle for political and social equality and freedom from economic exploitation and racial discrimination. As can be inferred, it was a direct reaction to the suffering of Africans in the diaspora, born out of slavery and exposed to oppression, marginalization and alienation. These activists began to organize congresses in Europe and the United States of America to sensitize all Africans on the matter.

Their ideas were soon adopted by African students in Europe and the United States of America, among them, Dr. Kwame Nkrumah of Ghana, Leopold Sedar Senghor of Senegal and Jomo Kenyatta of Kenya. Inspired, these students returned to their countries in Africa and led the struggle to liberate their countries from colonialism and neo-colonialism. But as they achieved independence in their countries, they quickly realized that national independence alone would be meaningless unless it was linked to the total liberation of the African Continent if they were to realize the great Pan-Africanist dream.

It is to be noted that since the Berlin Conference of 1884-1885, Africa and its adjoining islands had been carved up into estates of European powers, mostly Great Britain, France, Portugal, Germany, Italy, Spain and Belgium. They not only ruled the inhabitants of those territories without their consent, but they also brutally exploited their human and natural resources for their own benefit. While the artificial division and balkanization of the Continent served the intrinsic interest of those European powers, it was found inimical to the aspirations of the people of the continent in the quest for freedom, development and prosperity.

This was the motivating factor which propelled them to form the Organisation of African Unity in 1963. However, the coming together of states, each bent on

safeguarding its independence, sovereignty and territorial integrity, fell far short of the vision of leaders like Kwame Nkrumah of Ghana and Emperor Haile Selassie of Ethiopia to form a Continental Union Government or the United States of Africa as a counterpoise to Europe and the United States of America. In reality, the OAU was only a declaration of intentions to unite and there was no appreciation of the sense of urgency required at the time to achieve total unity and exercise real power and influence in the world, which could only be attained on the tower of real unity, solidarity, oneness of purpose and a desire to compete as Africans.

The efforts of these early independent leaders to form the Organisation of African Unity to speed up the decolonization of the Continent and lay the foundation for its socio-economic development only had partial success when the whole of Africa was decolonized and apartheid rule ended in South Africa.

As the generation of these independent leaders passed on, the vision of the United States of Africa also dimmed but not completely petered out. Realities of world politics and new economic order which threatened to marginalise Africa, still kept the dream of unity alive.

In the early 80s and 90s, new approaches were pursued through the Lagos Plan of Action and the Abuja Treaty to integrate the continent, using Regional Economic Communities as the building blocks or pillars of Africa's unification. If the unity represented by the OAU was too fragile to support radical plans for Africa's political and economic integration, and the route adopted by the Abuja treaty appeared too long, slow and uncertain, Libyan Leader, Col. Gaddafi's new impetus launched through the Sirte Extraordinary Session of the Assembly of Heads of State and Government on 9.9.99 appeared to have provided the new platform to fast-tracking the achievement of the United States of Africa, as

he called once again for a union of states under a single federal government, with one President, common economic, political and defence policies and speaking with one voice.

However, the resultant Constitutive Act which was negotiated and accepted on the basis of a compromise between leaders with different visions of continental unity again stopped short of pooling the sovereignty of the African States together, if not on the model of the United States of America, but even on the model adopted by the European Union. This time around, the Brother Leader managed to keep the idea on the front burner of the preoccupations of the African leaders and their people as well as the Africans in the diaspora, and that is how come the recent Summit of Africa's leaders in Accra devoted its agenda solely to the "Grand Debate on Union Government".

The outcome of the Grand Debate in Accra in July 2007 as captured by the Accra Declaration, was a call for an audit of the Organs and institutions of the African Union and the establishment of a Ministerial Committee to examine the following:

- i) Identification of the contents of the Union Government concept and its relations with national governments;
- ii) Identification of domains of competence and the impact of the establishment of the Union Government on the sovereignty of member states;
- iii) Definition of the relationship between the Union Government and the Regional Economic Communities (RECs);
- iv) Elaboration of the road map, together with timeframes for establishing the Union Government; and
- v) Identification of additional sources of financing the activities of the Union.

A report is expected to be submitted to the Executive Council to make appropriate recommendations to the next Ordinary Session of the Assembly in January 2008. This means that we are yet to

hear the last word on the idea of the United States of Africa.

The Realities of the United States of Africa

I will devote this part of my presentation to providing my own appreciation of the realities of Africa's quest for a United States of Africa.

The quest for a United States of Africa is desirable and can be realized, but every effort needs to be made to close the gap between the vision and the reality.

That most Africans on the continent and in the diaspora feel that Africa should strengthen its unity in order to freely take full charge of its future in the face of challenges posed by globalization and increase its influence in the international arena cannot be overlooked. The first generation of African leaders pursuing the Pan-Africanist dream, had felt that this would really meld seamlessly into the immediate establishment of a continental union government, but alas! the reality turned out to be different.

There continues to be different schools of thought and approaches to the achievement of the United States of Africa, some of which have been clearly highlighted in the mandate given to the Ministerial Committee. Issues of the surrender, partial or total, of sovereignty, the representative character of the continental government, its base at national, regional and continental level, are yet to be defined.

Though African States have been pursuing the idea of unity since 1963, they still do not share the same values, mostly commitment to the fight against poverty and underdevelopment, pursuit of peace and security, democracy, good governance, respect for human rights and fundamental freedoms, transparency in public affairs, adherence to the standards set out in various legal instruments and decisions of the Union and a lack of a mechanism for coordination and harmonization of policies at the continental level.

In some parts of the world and in the history of integration where there were no common values as indicated above or common culture, language, legal system or history as in the case of Africa, force and conquest had been used to achieve integration and unity, but the reality is that Africa cannot pursue that agenda, and there is no possibility today that it can even be contemplated as a viable option.

While the EU model clearly emphasizes a gradualist, step-by-step approach to the question of integration of sovereign states for common purposes, Africa may have to devise its own model, at least a model that will be acceptable to all, and there is no want of effort in that direction.

When the OAU was transformed into the African Union, the latter adopted the old structures of the former, namely the Assembly of Heads of State, the Council of Ministers which became the Executive Council and the Secretariat which became the Commission.

While the Assembly remained the Supreme Organ, the same cannot be said of the Executive Council, because in reality the Council executed nothing. So where was the executive power located?

In a typical structure of a state, power was shared by the Executive, the Legislature and the Judiciary.

Can it be said that the Executive power resided in the Commission? This may not be the case because the Commission as currently constituted lacked the structure, mandate, capacity and financial resources to act as the executive. Until this is done, the reality slips away.

What about the legislative and judicial organs? It can be asserted that the Pan-African Parliament serves as the legislature. But as currently established it is only advisory. Where is its legislative power? And how can it even legislate when the members are not

elected through popular means to do so, thus denting its legitimacy.

Though efforts are being made to establish the Court of Justice as the judiciary, it is difficult to know what it will adjudicate over when the Assembly remains supreme and the Union still has not established any domains of competence.

In addition to the Pan-African Parliament and the Court of Justice, the AU also envisages organs like the Financial Institutions and the Specialized Technical Committees, which are yet to be established. All these are integrative bodies under the Abuja Treaty and were expected to come into being towards the last stages of the African Economic Community when a large degree of integration had been achieved. But where are we with the various stage of the integration? Almost zero in some regions of Africa, so these bodies, even if we succeed in establishing them, as we are doing currently, will operate in a vacuum and will in no way bring us nearer to the United States of Africa, at least for now.

In conclusion, I wish to state that the search for a United States of Africa is ongoing and will continue to gain momentum until an acceptable model is found, whether it will be a federal, confederal, or unitary form of government. But until then, I can only state that the vision is laudable, the reality is desirable and everything possible should be done to overcome the obstacles and challenges of achieving full integration.

Dr. Claas Dieter Knoop

The United States of Europe – Visions and Realities

First of all let me say how delighted I am that this forum of dialogue and discussion about issues of mutual interest to Europe and Africa has finally got off the ground! My hope and expectation is, that this forum will really create an added value to the already existing and probably more formal venues of discussions between Africa and Europe.

I feel also very honoured that I have been asked to deliver one of the presentations on this inaugural occasion. For the sake of good order, I would like to stress that all I am going to say is my personal opinion – so I am indeed speaking to you not as the official representative of Germany to Ethiopia and the African Union.

My presentation will focus on the European side of our subject – whereas Ambassador Aggrey takes the African part. We hope that our presentation will give enough food for thought and stimulate the subsequent discussion with the audience.

Visions

Let me start with the visions on the United States of Europe and then turn to the realities of our days on the subject. There have indeed been many attempts in the European history to create a United Europe, not necessarily the "United States of Europe", which in terms of political science and also in legal terms is a different story altogether.

Until 1945 all attempts to create a United Europe have two things in common: First, they were all carried out with – and I have to say this very clearly – brutal force and with the intention to dominate the weaker. Second, all these attempts have failed (I might add: fortunately!).

We can go back as far as Emperor Karolos Magnus to find many proofs for the bloody traces which the dream of a united Europe under the hegemony of one political leader, one religion or one ideology has left in European history.

The 30 years war from 1518-1548, which devastated almost all of Europe and left millions of people dead, Napoleon, Stalin, Hitler – these events and names in European history stand for this concept of changing the political map of Europe by force. It is important to remember this past, because the present concept of European integration and cooperation has a lot to do with these

traumatic experiences of Europeans.

Parallel to the attempts to create a United Europe by sheer and brutal force, there have been numerous European philosophers, politicians and even poets who called for a United Europe on the basis of a voluntary and peaceful process involving not only governments but also the citizens of Europe.

I shall give but a few examples for these ideas which have left their mark until today – and indeed, the recent discussion in Europe about a constitutional treaty would not have been possible without these previous ideas and concepts.

In his essay about the "eternal peace" e.g. the German philosopher Emmanuel Kant suggested in 1795 the creation of a special federation of states which he called "Friedensbund" – Federation of Peace or "foedus pacificum" on the basis of a treaty to be concluded between the European powers.

Another famous example is the well-known French poet Victor Hugo, who – in a speech delivered at a congress in Paris in 1849 – said: *"a day will come, where we shall see how the vast groups of peoples – the United States of America and the United States of Europe (!) will look at each other face to face and reach out across the ocean ... to combine their endless powers for the mutual benefits of their peoples... Frenchmen, Englishmen, Belgians, Germans, Russians, Slavic peoples, Americans, what do we need to do to reach this great day soon? To love each other!!!"*

Picking up on this was another famous Frenchman, Pierre Teilhard de Chardin, who died 1955. Teilhard, drawing on his explorations as a paleontologist and anthropologist suggested that there is a kind of natural law which drives smaller entities to join and form a synthesis which will benefit the whole. "E pluribus unum" – from diversity to unity that was his motto which he thought could also be applied to political enti-

ties. E pluribus unum – by the way has become the motto for the United States of America and – if I am not mistaken – it is in the official coat of arms of the USA! Interesting enough you can also find this motto in the preamble of the draft constitutional treaty for Europe which I would like to quote: *"...convinced that while remaining proud of their own national identity and history, the peoples of Europe are determined to transcend their former divisions and, united ever more closely, to forge a common destiny, convinced that, thus "United in Diversity" Europe offers them the best chance of pursuing ... the great venture which makes of it a special area of human hope..."*

In the post world war I period it was the Austrian Count Coudenhove-Kalergi, who in 1923 gave a new push to the concept of uniting Europe in a peaceful way. Coudenhove-Kalergi is the founder of the so-called Pan-European Movement, whose objective was to create a Confederation of European States.

However, as history shows, unfortunately it took another devastating world war before new ideas about European integration came to the surface. In a famous speech held in Zurich in 1946, Winston Churchill called for the United States of Europe – meaning basically the merger of France and Germany. This merger, according to Churchill, could be facilitated and protected by the United Kingdom, the Commonwealth the "mighty America" and perhaps even by the USSR!

The next – and if I might say so – politically most relevant push came in 1950 when the French foreign minister Robert Schumann submitted the famous Schumann-Plan which formed the basis for the creation of the first European Community – the European Community for Steel and Coal.

Five years later one of the architects of the Schumann-Plan, again a Frenchman – Jean Monnet – founded the Action Commit-

tee for the United States of Europe. Many leading members of European political parties and also of Trade Unions joined this action committee. In those days there was a clear political will to develop the European Communities (since 1957 we had three of them) into a Political Union, ultimately into something which might rightly be called the United States of Europe.

In the election platform for the first direct elections to the European Parliament in 1979, the European Peoples' Party EPP (the group of conservative parties in the European Parliament) called for the creation of a European Federation or a European Federal State of its own kind. This was in 1978. 30 years later you will not find a trace of this political objective in any programme of relevant political parties in the member countries of the European Union!

Realities

In the second part of my presentation I shall give you my interpretation of the realities in Europe – and I deliberately use the plural – because I have the distinct impression that we are dealing with different realities in present day Europe or at least with different perceptions of what the reality might be!

From the start of the post second world war integration process in Europe one striking reality is that the relationship between the concept of the nation-state and the concept of an ever closer union between the member-countries of the EU has always been a relationship of tensions between those who are advocating a sort of federal structure of the European Union and those who want to maintain a decisive role of member countries in the decision making process of the Union.

The two conflicting philosophies became clear already at an early stage: in 1964 the then president of the EU-Commission, Walter Hallstein (a German) said in a lecture at the Royal Institute of International Affairs in London: "*It may be that only states can act*

politically. So be it and let us create a European state". Later, in a book, Hallstein used the term "unfinished federal state" with reference to the EC.

The counter-argument to this concept was best represented by Charles de Gaulle, who said in a press conference in 1966: "*I would like to elaborate on the term "integration". This is presented to us in a way that supporters of this concept argue – let us merge the six member countries to a supra-national entity! Then everything will become very easy and very practical. But it is impossible to find such an entity, because there is no federator in Europe today who – in a sufficient manner – commands the power, the credit and the capability to do it....*"

The conflict between the two sides went on for decades and became clearly visible in the drafting procedure for the European Constitutional Treaty. The very fact that this draft treaty was rejected in referenda in France and the Netherlands in 2005 made it clear once and for all who is the winner of this struggle: for some member countries the label "constitution" and what this label implied, was simply too much to accept. The amended draft treaty which was recently agreed in a summit meeting in Lisbon bears only the modest label of a "reform treaty". In other words: reality is that on the basis of a reform treaty (provided it will be ratified by all 27 member countries), the United States of Europe is no longer a political option for the foreseeable future. I have no doubt that in some political quarters in Europe people are disappointed about the outcome of the struggle which has gone on for decades. But for the time being it seems clear that Charles de Gaulle was right: there is no federator in Europe.

Is this a fact which should be deplored?

1. The existence of the nation states in Europe is a reality. They will not disappear because the people living in member countries of the

European Union don't want them to disappear! It is as simple as that. The nation state is the focal point of identity of the peoples of Europe and they want to maintain this identity. But let me also say: to feel as a German, Frenchman or whatever, does not exclude that you can also feel being a European. Identity has always different layers! So, this is another reality.

2. The EU in its present shape and structure has become an important player on the world stage in her own right, despite the fact that she is not a state in the classic sense of political science.

The EU is one of the leading economic powers in our globalised world, nobody will doubt that. In many other policy areas, such as climate and environmental issues, research, development policy and, indeed, also in the field of foreign, security and defense policy, the EU has become a strong partner in world politics, whose voice is not to be neglected.

In the past decades unique structures, mechanisms and rules for decision making, competences, checks and balances including a court of justice and a directly elected parliament have been developed. One of the most important cornerstones of the overwhelming success of this development in Europe was and still is the fact that sovereign nation states are ready to give up bits and peaces of their sovereignty for the benefit of the whole. By doing this over the past 50 years on a voluntary basis, they have created an added value for the security, prosperity and well-being of their own citizens, which is an every day reality in the member countries of the EU.

Conclusion

Although we Europeans have not achieved the United States of Europe in the classical sense of the definition of political science, we have been very successful to develop something very unique which in many aspects comes very close to that. I would be very happy if our African partners draw

some lessons from this unique success story of European integration for the benefit of all Africans.

*John E. Aggrey and
Dr. Claas Dieter Knoop, Addis
Abeba*

John E. Aggrey is Ambassador at the Embassy of Ghana in Addis Abeba. Dr. Claas D. Knoop is Ambassador at the German Embassy in Addis Ababa and Dschibuti. Opinions expressed in these contributions are those of the authors.

THEMEN

Turkey 2007 – The Crossroad

2007 in Turkey has been a year of elections. Parliament was to elect a new President of the Republic in April and general elections were scheduled for November. Since 2002 the Justice and Development Party (AKP), a party with Islamic roots, had enjoyed an overwhelming majority in Parliament (357 MPs out of a total of 550) and in April 2007 this situation provided a golden opportunity for this party to have one of its members, Abdullah Gül, elected by Parliament to become the 11th President of the Turkish Republic. Mr. Gül, a very prominent member of the AKP and Foreign Minister 2002 – 2007, was, therefore, put forward as a candidate. He was thought to have moderate views and he was well known and appreciated in both European Union and United States circles.

The Presidency of the Republic had been occupied, since the inception of the new Turkish State in 1923, by statesmen who had taken great care to ensure that the secular founding principles of the Republic were properly adhered to and protected. The AKP's attempt to reach the Presidency of the Republic was rejected by a vast segment of the public opinion, particularly by those social classes most attached to secularism, the kemalist elites, and, needless to say, by the mighty military who, since At-

tatürk's times, have considered themselves as the guardian of modern Turkey's founding principles. Millions of people, suspicious of a possible AKP's "hidden agenda" to draw Turkey towards an Islamic model, marched on the streets of the main Turkish cities to express their disapproval of the AKP's plans. The main opposition Party, the Republican People's Party (CHP), founded by Atatürk, fiercely secularist and kemalist – and supposedly social-democrat – tried its best to block Mr. Gül's candidature. The CHP challenged before the Constitutional Court the validity of the procedure used in Parliament to elect the President of the Republic. Odd enough, this procedure had regularly been used to elect previous Presidents with no complaints. The Turkish Constitution is clear in this respect: The President shall be elected by a two-thirds majority of the total number of members of Parliament. If such a majority cannot be obtained in the first two ballots, a third ballot shall be held and the candidate who receives the absolute majority of votes of the total number of members shall be elected President of the Republic.

Therefore, the AKP was confident that, at least, in the third ballot Mr. Gül would be elected. But the main opposition Party, the CHP, argued that the requirement of two-thirds majority for the first and second ballots not only applied to the number of votes needed to be elected, but also to the number of MPs who should be present (quorum) for the session to be valid. And in order to prevent the said two-thirds majority quorum, the 149 CHP MPs stayed away from the session, bringing the argument to the Constitutional Court. Legally speaking, the CHP position had no strong basis, but the Constitutional Court endorsed it and declared the process invalid.

The Primer Minister saw no other alternative than to call an early general elections for July 22, where the AKP got a resounding victory with 47% of the popular vote. In 2002 the AKP had got 35% of the vote. Participation was impressive at 85%. The AKP got

a new absolute majority in Parliament with 341 MPs, while the CHP was weakened falling from 149 to 98 MPs. The AKP, with a freshly gained legitimacy, tried again to have Mr. Gül elected as President of the Republic and succeeded on August 28, in the third ballot. The new composition of the Assembly, with other political parties who did not boycott the procedure, and the absolute majority of the AKP ensured this time the election of Mr. Gül.

In April, the Armed Forces joined the opposition to block and derail Mr. Gül's candidature to become President of the Republic. On April 27, the Armed Forces issued on their web page a statement to warn against any temptation to deviate from secularism and kemalism, basic guiding principles of the Republic of Turkey since its birth in 1923. It was the so-called "virtual coup d'état" which, together with massive demonstrations in major Turkish cities in defense of kemalism, sent a serious warning to the AKP government not to introduce reforms which might be deemed as detrimental to secular values. It is worth noting that in the past, 1997 for example, similar statements by the military had had a direct impact on civilian governments who, confronted and challenged by this hard talk from the military, had resigned to open the way for another government most likely to get the generals' blessings. This time it was different. Prime Minister Erdogan had accepted, although not shared, the verdict of the Constitutional Court which derailed the AKP bid to raise Gül to the Presidency of the Republic. But Erdogan firmly answered the military, inviting them to mind their own business and to stay in their barracks. It was the first time that such a thing happened in modern Turkish history. Later, elections on July 22 enabled the AKP to reach its objectives.

The powerful military are aware that the time to bring main battle tanks onto the streets to stop the democratic process is over. They also realize now that Erdogan's AKP is a formidable political machine, an imposing force to be

acknowledged, not likely to yield if confronted with military statements or warnings on the web or in the media. Few options are available for the military other than to accept a "fait accompli" and to watch very attentively the performance of the AKP which has got a one-coloured government, an absolute majority in Parliament and one of its most prominent leaders, Mr. Gül, at the very top job of the Republic. Controlling the Presidency of the Republic is important as in Turkey – although not formally a Presidential regime – the President has considerable powers to veto bills and high officials appointments, including Ambassadors proposed by the Government. Moreover, the President can appoint the top echelons of the Judiciary, including the members of the Constitutional Court, and of the University. His decisions, therefore, exert a large influence on the judicial and education fields.

The rise of the AKP as a formidable political force, means that a whole new class, emerging middle class citizens, businessmen and liberal professions, want to play a role in the conduct of public affairs. They have converged on the AKP and they have conquered, by democratic means, the Executive and the Legislative powers and to a lesser extent, through the President of the Republic, the Judiciary. It is clear that part of the AKP supporters are pious Muslims who wish the Koran to inspire the action of the Government and the administration of the "res publica". But there are many other AKP backers, perhaps a majority, who are just ordinary citizens, Muslim by creed but not particularly devout, who could be compared to the millions of citizens in the West who are Christians, at least in theory, and vote for conservative options. The key to success for the AKP has been to bring together millions of people who had become sceptical about the ability of the traditional ruling elites to deliver and to lead the country forward into the new century. Turkey had been for years bogged down in political and financial crisis, enduring four *coups d'etat* in 40 years (1960,

1971, 1980 and 1997). Turkey was unable to take a jump into modernity and become part of Europe, which was one major aim of Attatürk's revolution. Turkey's society was for decades led from above, led from State structures dominated by the traditional elites.

The arrival of the AKP to the political scene in 2002 brought with it a blow of fresh air into Turkish politics. The new Government, with Mr. Erdogan as Prime Minister and Mr. Gül as Foreign Minister, succeeded in breaking the vicious circle of revolving crisis. With the help of the IMF, the Government was able to overcome the financial critical situation of 2001, new major infrastructure projects were undertaken, education, health and social services were improved all across the nation and huge amounts of foreign direct investment came into the country. Besides, in October 2005 the Government managed to start the negotiating process with the European Union, a goal which had been unattainable for different Turkish governments for years.

But there are many people in Turkey who do not share this rosy picture of the AKP. Secularists and military alike fear that now that the AKP has gained control of the main offices of the State, its leadership may be tempted to implement the so-called "hidden agenda", the islamization of Turkey to establish an Islamic Republic, along the lines of Iran or Malaysia, where all secular freedoms and guarantees that Turkish citizens enjoy today would be severely limited.

The good economic performance of the AKP Government 2002 – 2007, together with the manoeuvres of the main opposition Party (CHP) to block Mr. Gül's rise to the Presidency of the Republic, contributed to the resounding AKP victory in the July 22, 2007 general elections, jumping from 35% to 47% in popular support. Millions of people, who had just been witness of the political process for years, woke up and massively backed the AKP. They

wanted power-sharing and to exercise their right to join the banquet table and to have their share of the cake.

This new scenario where the AKP has accumulated, by popular will, so much power, provides an unprecedented window of opportunity for Turkey to leave the past behind and to enter modernity. Prime Minister Erdogan has a vision and enjoys charisma and authority within his Party. A new era may be opening, bringing huge possibilities to engage into a process of modernization in political, economic and social terms. A new Constitution is being drafted to replace that of 1982 which was born under the shadow of the military 1980 coup. AKP sources, close to the Constitution drafting committee, talk about a "civilian" Constitution, as opposed to the one of 1982 which is allegedly "military". The new Constitution would put emphasis on individual rights, duties and liberties instead of being focussed, as the current Constitution, on the prerogatives of the State and the role of the State as tutor and guardian of the people. The AKP leadership wishes to promote radical reforms in the Penal Code to eliminate provisions as controversial as article 301 and others which restrict freedom of expression. The Government aims at the 10.000 US\$ per capita income as an achievable target and wishes Turkey to play a growing role as a regional actor in the Middle east, while becoming a model to show that Islam and democracy, contrary to what many people may think, are compatible.

The challenges are huge. The country is very heterogeneous in terms of regional, economic and social development. Many problems must be resolved, including the integration of minorities into a cohesive and inclusive national project, particularly the population, more than 15 millions, of Kurdish ethnic origin who lives in the Southeast of the country. Many other issues have to be tackled in the field of education, health, regional and rural development, infrastructures, basic services, human and women's rights, gender equality etc..

Moreover, there seems to be a growing gap between the portion of the voters who trust the AKP (47%) and another faction (53%) who at the last elections voted for other political options. There are many other critical and unresolved issues such as Cyprus, tension along the border with Irak over PKK terrorism, the question of Kirkuk and the Turkmen community in Northern Irak, allegations on the so called "Armenian genocide", future relations with the EU and with the USA.

The big question mark, in my view, is whether the AKP will be able to manage with common sense the huge political capital it has received from the Turkish people. The AKP leadership has given assurances that it will respect the secular principles of the Republic and Attatürk's legacy. President Gül has solemnly stated that he will be neutral as the President of all the Turks. But, at the same time, small but meaningful details in everyday life fuel the flames of suspicion: limitations for alcohol consumption at certain bars and restaurants, subtle censorship on women's gear if judged too daring, praise and promotion of Islamic values...etc.

If the AKP does have a "hidden agenda", it will not get a better opportunity to implement it. But it has also the best chance to promote decisive reforms and changes so that Turkey enters, once and for all, modernity and fully joins Western nations. The attitudes of the European Union and of the United States of America will be important in the process but, in the end, the ultimate decision, effort and responsibility lie with the Turkish people.

Manuel Larrotcha, Ankara

Manuel Larrotcha is Minister-Counsellor at the Embassy of Spain in Ankara, Turkey. Opinions expressed in this contribution are those of the author.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

